

Sekretariat des Bundes für Menschheitsinteressen
 BERN, Erlachstrasse, 23
 (Schweiz. Postscheckkonto Bern III 496.)
 Jährlich etwa 4 (Nummern (deutsche & franz. Ausgabe) für Fr. 4 ijd Schweiz; Fr. 6 in den anderen Ländern.
 Alle Buchhandlungen, Postanstalten, sowie das Sekretariat nehmen Bestellungen entgegen. Einzelnummern 10 cts. = 10 Pf.

Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für Menschheitsinteressen bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Schweizer-Postscheckkonto Bern III 496.
 Die Vereinsstatuten und Probenummern aller seiner Organe werden auf Verlangen durch das Sekretariat: Bern, Erlachstr. 23 gratis zugesandt.

Schweizer Komitee des Bundes: Dr. August FOREL, alt Professor an der Universität Zürich; Regierungspräsident Dr. TSCHUMI, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern; Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE QUERVAIN, Prof. a. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, eh. Präs. d. Gemeinderats, Lausanne; O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne; Frau WALDHARDT-BERTSCH, Bern; Frau VUADENS-CALMUS, Vevey; Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u.a.m.
 Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts», Bern.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FÖRSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr. Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRUNBERG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags, Budapest; Dr. v. Ursin, eh. Vicepräsident d. finnischen Landtags; Jean LONGEUR, Mitgl. d. französischen Parlaments; L. LE FOYER, eh. Deputierter, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUT, eh. Ministerpräsident von Neuseeland; Lino FERRIANI eh. Generalprocurator, Como, u.a.m.
 Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.

Ist der Opfermut der Kriegführenden ihrer vaterländische Sache nützlich?

Bern, am 22. Mai 1917.

Als die letzte deutsche Reichsanleihe zur Zeichnung aufgelegt wurde und ebenso anlässlich der Anleihen in den andern kriegführenden Ländern, hat man dem Publikum stets wieder versichert, seine Spargroschen seien zur Erzwingung eines baldigen und ehrenvollen Friedens notwendig. Freilich scheint es denn doch im Volke manche Zweifler gegeben zu haben; denn in den Zeitungen wurde mit auffallem Eifer gegen die Ansicht polemisiert, «dass man durch Zeichnungen auf die Kriegsleihe den Krieg verlängere». Das sei falsch, weil die eigene Regierung die Mittel eben nur in vernünftiger Weise anwende, finanzieller Mangel aber die Gegner ermutigen würde u.s.w.

Und doch verhalten sich die Dinge in Wirklichkeit genau so, wie der gesunde Menschenverstand des kritisch gerichteten Manns aus dem Volke sie auffasst, das heisst, Zurückhaltung der Sparwelt würde naturgemäss zum Abschluss des Kampfes drängen, während reichlich fließende Mittel zu weiteren Opfern ermutigen. Wenn es hierfür noch eines Beweises bedürfte, so wäre er durch das Verhalten der alldeutschen Kreise nach dem Erfolg der Anleihe geboten worden. Denn mit einer durchaus unanfechtbaren Logik schlossen sie aus den reichlichen Zeichnungen, dass der Kriegswillen des deutschen Volkes weiter bestehe, dass man auf die «Flaumacher», die den Verzicht auf Eroberungsziele verlangen, nicht zu hören brauche und dass man frisch und fröhlich weiter kämpfen solle, bis ein endgültiger Sieg die Möglichkeit zur Weitung der deutschen Grenzen biete.

Die gleichen Kreise verlangten dann auch, dass man dem deutschen Volke, um seinen Opfermut noch weiter anzuspornen, sagen solle, wofür es kämpfe, das heisst, ihm die deutschen Kriegsziele bekanntgeben müsse. Der deutsche Kanzler hat in seiner jüngsten Rede dies wiederum abgelehnt, aber er hat es auch unterlassen, in die vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat gebotene Friedenshand einzuschlagen und den allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen anzunehmen; er will sich je nach dem Gange der militärischen und politischen Entwicklungen die Möglichkeit wahren, weit gesteckte oder bescheidene Kriegsziele zu verwirklichen, ohne sich durch vorzeitige Erklärungen zu binden. Er erwartet also vom Opfermut des deutschen Volkes noch mehr als die Alldeutschen; er mutet ihm zu, Gut und Blut herzugeben, ohne zu wissen, wozu, ohne zu fragen, was denn eigentlich erreicht werden solle. Denn die Formel vom Verteidigungskrieg ist ja inhaltslos, solange man nicht durch Eingehen auf die russische Forderung des annexionslosen Friedens¹⁾

¹⁾ Die in den allerletzten Tagen auch in die offizielle Botschaft der neuen russischen Regierung aufgenommen wurde.

die Probe aufs Exempel gemacht hat, ob die Westmächte denselben wirklich, auf die Gefahr hin, die russische Hilfe zu verlieren, zurückweisen würden.

Der Opfermut des deutschen Volkes ist es, welcher den Alldeutschen ihre offenen und der Regierung ihre verschleierte Eroberungspläne gestattet; und da angesichts der ganzen politischen und militärischen Weltlage, wie in den Spalten dieses Blattes so oft gezeigt wurde, der Krieg trotz alledem unentschieden bleiben muss, ob man auch Opfer auf Opfer häufe, so sind dieselben

I. vollständig vergeblich,
 II. den eigenen vaterländischen Interessen schädlich, weil sie die Fortführung einer falschen Politik ermöglichen und durch die von ihnen genährten Illusionen es verhindern, dass man die gegenwärtige, durch die russische Revolution geschaffene Konjunktur für den Abschluss eines Ausgleichsfriedens ausnütze.

Ganz ähnliche Gesichtspunkte gelten im Uebrigen für den Opfermut des italienischen, französischen und englischen Volkes. Weil er immer weiter besteht, deshalb halten die Regierungen dieser Staaten an ihrer törichteren Illusion fest, länger als Deutschland auszuhalten und so trotz alledem den Krieg siegreich beenden zu können; in Wahrheit führt der Opfermut von beiden Seiten nur dazu, dass immer mehr aus den Reserven an Volkskraft und Volksreichtum herausgeholt und der prasselnden Kriegsflamme hingeworfen werde. Je opfermutiger die Völker, desto weniger wird nach Beendigung der Krise an lebendigen Energien übrig bleiben, desto mehr wird die Kulturarbeit der Zukunft durch Armut an materiellen Mitteln und durch Armut an gesunder Menschenkraft behindert werden.

Wirtschaft und Politik

von Kantonsrat WENGER, Zürich.

Wodu hinsiehst, da ist es interessant...

Am Tage, da die Waadtländer des 14. April 1803, als des Jahrestags ihrer Unabhängigkeitserklärung und Erhebung zu einem, wenn auch kleinen unabhängigen Staat gedachten, trat in der Hauptstadt des frühern Bezwingers, nämlich in Bern, das mächtigste Instrument des nach Zentralisation tendierenden Bundesstaates zusammen, die Aktionäre der schweizerischen Nationalbank... So ändern sich die Zeiten, indem die Einrichtungen in Staat und Wirtschaft sich den Verhältnissen anpassen, unberücksichtigt um die Schlagworte der Politik, oder besser gesagt, die Politik prägt sich diejenigen Schlagworte, deren sie zur Erreichung wirtschaftlicher Zwecke bedarf, und da es den Zwecken der Wirtschaft entsprach, so wurde in das politische Programm der herrschenden Partei der Schweiz das Postulat aufgenommen, es bedürfe der Bund einer zentralen Bankstelle, die seit 1907 arbeitend, das wirksamste Mittel war, um den Zen-

tralismus gegenüber den Föderalismus zu stärken. Gewiss bieten die Gesichtspunkte, die von den waadtländischen Patrioten im Jahre 1803 entwickelt wurden, auch heute noch manch' zutreffendes Wort, doch ist die Stellung der Kantone zum Bund und zu einander, namentlich aber zum Ausland wesentlich beeinflusst durch die Stellung des Bundes zu all den Staaten, mit denen wir in wirtschaftlicher Beziehung stehen und zwar von bundeswegen. Zuzufolge unserer Neutralität sind wir politisch von staatswegen mit allen Nachbarn in gleich freundlichem Verkehr, in Tat und Wahrheit zwingt uns, stärker als alle idealen Gesichtspunkte, die wirtschaftliche Not dazu und so wird es wohl schon anlässlich des Wiener Kongresses vor hundert Jahren gewesen sein, weshalb unsere damaligen politischen Führer darauf drangen, dass die schon Jahrhundert alte Neutralität der Schweiz ihr weiter gestattet werde. Umgekehrt zeigen die drei vergangenen Kriegsjahre, dass auch unsere Nachbarn ein hervorragend wirtschaftliches Interesse daran haben, dass wir mit allen unsern Nachbarn gut auskommen. Welches letzte Mittel wäre ihnen sonst noch geblieben, um schliesslich doch wieder zum Frieden zu gelangen? Die Wiederherstellung des Friedenszustandes ist aber eine wirtschaftliche Notwendigkeit für alle, wollen sie nicht samt und sonders untergehen.

Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte beherrschen auch die Politik der unter dem Sternenbanner politisierenden Amerikaner. Zuerst lieferten sie den Alliierten Munition und Waffen, eröffneten ihnen ungeheure Kredite, in der Annahme, dass sie mit den Zentralmächten allein fertig würden; da dies aber nicht zutraf, so trat Amerika schliesslich selbst in den Kampf; indem vorher noch der wirtschaftlich schwächste Teil der Entente durch eine politische Revolution sich seine Entschliessungsfreiheit zurückeroberte, beschleunigte er den Entschluss Amerikas. Man wird doch nicht glauben wollen, dass eine revolutionäre Regierung sich deshalb besonders graue Haare werde wachsen lassen, dass das alte verhasste Regime zur Aufrechterhaltung einer kostspieligen Miswirtschaft Milliarden schulden auf sich türmte! Diese Milliarden wird man den Mut haben, abzuschütteln, wie man sich des Zars entledigte und in der Tat hat England diese Gefahr bereits gewittert, indem es — so wurde wenigstens behauptet — Abtretung von Flottenstützpunkten verlangte, die in der Ostsee und überhaupt in der Nähe St. Petersburgs liegen, was völkerrechtlich nichts anderes bedeutet, als die Erwirkung eines Pfandes für eine Forderung. Die Gefahr, welche in finanzwirtschaftlicher Hinsicht die Revolutionierung Russlands in bezug auf die verschiedenen Milliarden, die es der Entente schuldet, in sich schliesst, ist umgekehrt kein Beweis dafür, dass England nicht selbst die Absetzung des Zars begünstigte und zwar wiederum von rein wirtschaftlichen Gründen aus. Erstens konnte es damit rechnen, dass die kaiserlichen Domänen in den Staatsbesitz übergangen und dieser Besitz der

Familie Romanow soll nicht klein sein, jedenfalls lässt sich daraus ein Nutzen ziehen, der mithelfen kann, die Milliarden, die Russland schuldet, zu verzinsen. Zweitens möchte England damit rechnen, dass Amerika durch die Befürchtung, es werde sein Schuldner, die Entente, schwere finanzielle Einbusse erleiden, weil sein grösster Schuldner, nämlich Russland, die Zahlungen eventuell werde einstellen müssen, sich eher entschliessen werde, alle pazifistischen Rücksichten fallen zu lassen. Dies hat England nun erreicht und es hat sich damit einen gewaltigen Schritt seinem wirtschaftlichen Hauptziel genähert, nämlich der Eindämmung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses.

Dass Amerika unter einem wirtschaftlichen Zwang gehandelt hat, als es sich entschloss, in den Krieg einzutreten, ergibt sich daraus, dass es genau ähnliche Massnahmen nun unternehmen muss, wie alle andern Kriegführenden, ja auch wie die bloss vom Kriege stark in Mitleidenschaft gezogenen Neutralen. Bereits lesen wir, dass Tausende von Hektaren auch in Amerika urbarisiert werden, dass alle wirtschaftlichen Kräfte des Landes mobilisiert werden, dass die Eisenbahnen, Schiffahrtsgesellschaften, u.s.w., verstaatlicht werden und dass wirtschaftliche Kommissäre, d. h. Diktatoren ernannt werden. Warum? Es handelt sich um nichts anderes, als um grosszügige wirtschaftliche Verstaatlichungsmassnahmen, die die von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus befolgte Politik stützen und ihr das nötige Geld liefern sollen, ohne dass das bisherige privatwirtschaftliche System verlassen werden will und kann. Demgemäss steuert die derzeitige Politik der kriegführenden Staaten auf nichts anderes hinaus, als auf die äusserst rationelle Ausnützung aller produktiven Kräfte der betreffenden Länder, damit die eigentliche Plutokratie geschont werden kann, d. h. ihren Besitz nicht hergeben muss, um der durch den Krieg heraufbeschworenen Not zu steuern, der das grosse Volk ausgesetzt wird, ohne welches hinwiederum diejenigen, welche nicht arbeiten wollen, nicht auskämen. Auch die demokratische Geste des deutschen Kaisers wird dahin gedeutet, nämlich in dem Sinne, dass ihm schliesslich die Junker in den kriegerischen Plänen den Gehorsam kündigen könnten, indem sie mit den Kriegszielen mit ihm nicht einig gehen, sodass das grosse Volk durch ein politisches Zückerlein gefügig gemacht werden soll. Kenner der Verhältnisse wollen in der Tat wissen, dass die ganze Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine Personalunion zwischen Staatsallmacht und Plutokratie hinausstrebt, die dann auch privatwirtschaftlich jedes selbstständige Bestehen des Individuums genau so unterbinden würde, wie die Staatsallmacht heute schon die Bedeutung der Einzelnen Persönlichkeit untergrub. Soviel ist jedenfalls sicher, dass der Kriegswahnsinn in der Einengung der individuellen Freiheiten schon so viel auf dem Gewissen hat, dass der pazifistische Gedanke auf eine Generation hinaus gestärkt wurde. Es hat fast den Anschein, als ob der durch die Kriegsnotmassnahmen unfrei gewordene Bewohner dieser Erde sich auf einmal besinne, wie schön es wäre, wenn er an den ewigen Frieden geglaubt und darnach gehandelt hätte. Doch die Zukunft der ganzen Menschheit wurde politisch einigen wenigen anvertraut und so haben diese wenigen ihre Macht dermassen misbrauchen können, dass die wirtschaftliche Lage ihrer Untertanen auf ein Menschenalter hinaus mit dem Schicksal des allmächtigen Staatsgötzen verquickt wurde.

Statt sich bewusst zu sein, dass der Staat zweifelsohne eine notwendige Form der Organisation der menschlichen Gesellschaft ist, die aber vom Geiste der Demokratie in jeder Richtung surchaucht werden muss, ansonst sie eben zum tönernen Koloss wird.

Zur Weltkrise

von Dr. H. Schenkel, Nationalrat, Winterthur.

Was wir bei Beginn des Krieges vorausgesagt haben, scheint sich zu bewahrheiten. Die Waffen bringen keinen Entscheid. Aus dem Krieg gehen weder Sieger noch Besiegte hervor, wohl aber Geschlagene. Alle sind geschlagen, die aktiven Teilnehmer und die unbeteiligten Zuschauer, die Kriegführenden und die Neutralen. Der Umstand aber, dass die Neutralen schwer unter dem Kriege zu leiden haben, gibt ihnen das Recht, ihre Meinung zu äussern und ihre Vorschläge zu machen, wenn es gilt, ein Ende des furchtbaren Schlachtens herbeizuführen und einen Frieden zu schaffen, der für alle Zeiten solche Scheusslichkeiten zur Unmöglichkeit macht.

Warum sind bisher alle Anstrengungen zur Herbeiführung eines soliden Friedens ohne Erfolg gewesen? Wir wollen versuchen, die Frage zu beantworten.

Was die Frage der Annexionen anbelangt, wurde bei den Friedensvorschlägen meist der Status quo ante als Grundlage der Verhandlungen aufgestellt. Damit mussten diese Vorschläge nach zwei Richtungen hin Misserfolg haben. Einmal haben sich die Regierungen der kriegführenden Mächte ihren Völkern oder wenigstens einflussreichen Schichten derselben gegenüber durch weitgehende Versprechungen gebunden. Ohne ihren Rückhalt zu verlieren, können sie nicht zurück. Wenn sie mit leeren Händen dem Volke entgegentreten, ist es um sie geschehn. Die Interessen der Dynastien und herrschenden Parteien stehen hier im Vordergrund.

Auf der andern Seite bietet eine solche Wiederherstellung der alten Verhältnisse dem wahren Freund eines dauerhaften Friedens keine Gewähr. All die Misstände, die mit zum Ausbruch des Krieges geführt haben, weiter bestehen lassen, heisst einen neuen Krieg vorbereiten helfen.

Die Errichtung einer Staatengemeinschaft unter Beibehaltung der bestehenden Einrichtungen in den Einzelstaaten kann nicht einen dauernden Frieden herbeiführen. Nur für den Fall, dass in allen der Gemeinschaft angehörenden Staaten das reine demokratische Staatsprinzip die Grundlage der Verfassung bilden würde, wäre eine Garantie für dauernden Frieden geschaffen. Völker, die sich selbst regieren, erklären sich nicht gegenseitig den Krieg. Solange nicht die Autonomie der Völker in weitgehendstem Masse durchgeführt ist, kann eine Staatengemeinschaft keine Friedensgarantie bieten.

Nun ist in Russland in dieser Richtung ein gewaltiger Schritt vorwärts getan worden. Wer einen dauernden Frieden will, muss wünschen, dass aus dem autokratischen Zarenreich ein neues Gebilde « Vereinigte Staaten Russlands » bestehend aus autonomen demokratischen Staatswesen hervorgehe. Die Entwicklung stören heisst die Anbahnung eines Dauerfriedens hinausschieben. Einen Separatfrieden zwischen Russland und Deutschland kann ich nicht wünschen. Ich fürchte, dass der reaktionäre preussische Geist den jungen Demokratien gefährlich werden könnte.

Hier sei noch eine Bemerkung allgemeiner Art angebracht. In weiten Kreisen der Bevölkerung der Schweiz finden wir warme Sympathien für das russische Volk, das den Mut gefunden hat, während eines mörderischen Krieges das harte Joch abzuwerfen, unter dem es so lange gelitten hat. Von deutscher Seite wird uns vorgeworfen, dass wir dem deutschen Volke nicht diejenige Sympathie entgegenbringen, die es verdiene und die wir ihm schulden als einem stammverwandten Volke, dem wir besonders auf geistigem Gebiete sehr viel zu verdanken haben. Woher dieser Mangel an Sym-

pathie? Jeder, der in Deutschland gelebt, mit deutscher Wissenschaft und deutscher Technik Bekanntschaft gemacht hat, wird dem deutschen Volk die Anerkennung nicht verweigern für seine Tatkraft, Regsamkeit und seinen Fleiss. Wenn aber die Deutschen verlangen, dass wir auch ihrem Autoritätenglauben, ihrer Fürstentreue und sklavischen Anhänglichkeit an die überlieferten Dynastien Sympathie entgegenbringen, so ist das zu viel verlangt. Dadurch, dass sie ihre schätzenswerten Eigenschaften in den Dienst derjenigen stellen, die durch ihre Rüstungen, ihren Militarismus Europa jahrzehntlang in Atem gehalten und schliesslich in eine Katastrophe gestürzt haben, wie sie die Weltgeschichte bisher nicht gekannt hat, verlieren diese an sich schätzenswerten Eigenschaften für uns ihrem Wert. Wenn einer im Knechtsverhältnis sich wohlfühlt, hat er doch kein Recht, dafür die Achtung des Freien zu fordern. Das deutsche Volk hat es in der Hand, die Sympathien der Welt zurückzuerobern, wenn es sich von denjenigen lossagt, die den deutschen Namen verhasst gemacht haben. Deutschland eine Demokratie! dann ist ein dauernder Friede gesichert.

Allerdings müssen auch in den Ländern der Entente durch das Eingreifen der breiten Bevölkerungsschichten tiefgreifende Aenderungen sich vollziehen, wenn ein dauernder Friede zustande kommen soll. Es ist an sich unverständlich, dass Völker mit demokratischer Verfassung an die Unterjochung anderer Völker denken können, die doch nach demokratischem Prinzip dasselbe Selbstbestimmungsrecht haben. Der Imperialismus konnte sich nur entwickeln als Begleiterscheinung des Militarismus. Nun bildeten die absolutistischen Staaten mit ihrem Militärmehanismus eine beständig drohende Gefahr für die Demokratien. Um dieser Gefahr die Stirne zu bieten, erfolgten die Rüstungen und diese reizten ihrerseits zu Gewalttaten und Angriffen gegenüber schwächeren Völkern. Das furchtbare Unglück, das der Krieg über die Länder gebracht hat, wird, wie wir hoffen, die breiten Schichten der Bevölkerung darüber belehrt haben, dass der Pfeil stets auf den Schützen zurückprallt. Furchtbar teuer ist der Wahn der Grossmachtstellung vom eigenen Volk bezahlt worden. Das Volk wird zur Ueberzeugung kommen, dass nur im unbewaffneten Dauerfrieden das Heil des eigenen wie das der andern Völker liegt. Die Demokratie wird die verlogene Diplomatie verabschieden und die äussere Politik in eigene Hand nehmen. Die Sozialdemokratie arbeitet unentwegt auf dieses Ziel hin. Auf den blutgetränkten Gefilden wird ihr Samen aufgehen und reiche Nahrung finden¹⁾.



¹⁾ Wir geben diesen Ausführungen von geschätzter Seite Raum, ohne denselben unsererseits in allen Punkten beistimmen zu können. Anm. d. Red.